Trumps Zollkriege treffen Europa, Korea und Japan

10. September 2025 | Michael Hudson

Die meisten Diskussionen über die SOZ- und BRICS-Treffen der vergangenen Woche konzentrierten sich verständlicherweise auf die zunehmende Stärke ihrer multilateralen Alternative zu Amerikas Versuch, seine unipolare Weltkontrolle nach eigenen Regeln durchzusetzen, die andere Länder dazu auffordern, sich den Forderungen der USA zu unterwerfen, die alle Gewinne aus Handel und internationalen Investitionen in ihren eigenen Händen konzentrieren wollen. China, Russland und Indien haben ihre Fähigkeit unter Beweis gestellt, eine Alternative zu dieser Kontrolle zu schaffen.

Dies hat jedoch keineswegs das grundlegende Kontrollideal der USA geschwächt. Es hat lediglich dazu geführt, dass US-Strategen realistisch genug sind, den Umfang dieser Kontrolle einzuschränken und sich darauf zu konzentrieren, ihre eigenen Verbündeten in Europa, Korea, Japan und Australien zu unterwerfen.

Trumps überzogener Versuch, die indische Wirtschaft zu kontrollieren, führte schnell dazu, dass sich dieses Land aus dem Einflussbereich der diplomatischen Dominanz der USA löste. (Es gibt nach wie vor erhebliche neoliberale Unterstützung dafür, dass Indien sich dem atlantischen Traum anschließt.) Die Frage ist nun, ob solche Forderungen einen ähnlichen Effekt haben und andere Verbündete aus dem Einflussbereich der USA vertreiben werden.

Und die Nebenfrage lautet, ob der Erfolg der USA bei der Durchsetzung dieser Kontrolle dazu führen wird, dass ihre europäischen, ostasiatischen und englischsprachigen Verbündeten wirtschaftlich so geschwächt werden, dass ihre Fähigkeit, weiterhin einen tragfähigen Beitrag zu leisten, fatal beeinträchtigt wird und es zu einer nationalistischen Reaktion kommt, die darauf abzielt, ihre eigenen Volkswirtschaften vom Dollar zu entkoppeln.

Der offensichtlichste hoffnungslose Fall ist Europa, insbesondere die pro-amerikanischsten Mitglieder Deutschland, Frankreich und Großbritannien, deren Meinungsumfragen zeigen, dass ihre Bevölkerung ihre derzeitigen pro-amerikanischen Marionettenführer entschieden ablehnt.

Der unmittelbarste Bruchpunkt ist die bedingungslose Unterwerfung der EU unter die Forderungen der USA, die weit über das hinausgehen, was man nach der erbärmlichen Kapitulation der EU-Politikerin van der Lehen vor Trumps Zollandrohungen erwartet hatte. Sie hatte ihre Kapitulation damit begründet, dass sie sich für Europa lohne, weil sie zumindest für Sicherheit Sorge. Aber wenn es um Trumps Diplomatie geht, kann es keine Sicherheit geben.

Er hat einen schnellen Trick aus dem Hut gezaubert, indem er die Zölle deutlich über die versprochenen 15 Prozent angehoben und dieses Versprechen in seinen umfassenderen Zollsätzen von 50 Prozent auf importierten Stahl und Aluminium aufgelöst hat. Diese Zölle sollten die Beschäftigung in den USA (und damit die Unterstützung der Gewerkschaften) in diesen beiden grundlegenden Rohstoffbereichen fördern, obwohl sie die Kosten für alle US-Hersteller erhöhten, die diese Metalle in ihren eigenen Produkten verwenden. Das war an sich schon eine verrückte Umkehrung des

Grundprinzip der Zollpolitik: Import von preisgünstigen Rohstoffen, um eine Kostensubvention für die hochwertigen Produkte der Industrie zu schaffen. Trump stellte enge politische Symbolik über das nationale Eigeninteresse.

Was niemand erwartet hatte, war, dass das Handelsministerium diese 50-prozentigen Stahl- und Aluminiumzölle auf europäische und andere ausländische Industrieimporte von Motoren, Werkzeugen sowie Land- und Baumaschinen anwenden würde. Das *Wall Street Journal* zitiert den Vorsitzenden des Verbands Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA), Bertram Kawlath, mit der Warnung, dass Maschinen etwa 30 Prozent der deutschen Exporte in die USA ausmachen, was für die deutschen Industriellen eine so gravierende „Existenzkrise“ darstellt, dass das EU-Parlament Trumps Zollvorschriften vom Juli möglicherweise nicht genehmigen wird.

Ein Unternehmen, das landwirtschaftliche Erntemaschinen herstellt, die Krone Group, hat hundert Mitarbeiter entlassen und soll seine bereits in die USA verschifften Exporte umleiten. Die deutsche Tochtergesellschaft von John Deere ist ähnlich betroffen, da 20 Prozent ihrer Exporte in die USA verkauft werden sollen. Die Deutschen sollen auf derselben 15-prozentigen US-Zollgrenze bestehen, die Trump auf Importe von Arzneimitteln, Halbleitern und Holz ausgeweitet hat.

Dies hat dazu geführt, dass nationalistische Parteien an Unterstützung gewonnen haben, um die pro-amerikanischen atlantischen Parteien zu ersetzen, die sich zur Teilnahme am Krieg der USA gegen Russland und China verpflichtet haben und sogar die Kosten für die Kämpfe in der Ukraine, im Baltikum und anderen an Russland angrenzenden Gebieten übernehmen sowie den „atlantischen“ Schutz auf Unruhen im Chinesischen Meer ausweiten.

Die Außenpolitik der USA hat auch Korea und Japan unter Druck gesetzt. Nachdem die Einwanderungsbehörde von dem koreanischen Automobilhersteller Hyundai verlangt hatte, seine Produktion in die USA zu verlagern und 30 Milliarden Dollar in eine Fabrik in Georgia zu investieren, stürmte sie die im Bau befindliche Fabrik und deportierte etwa 475 Mitarbeiter (von denen 300 Koreaner sein sollen), die als Facharbeiter eingestellt worden waren.

Hyundai erklärte, dass die Arbeiter hochqualifiziert waren und unter der Leitung von Auftragnehmern standen, die das Unternehmen in Korea eingesetzt hatte, um den Bau zügig abzuschließen und um das Problem zu vermeiden, dass in den USA keine ausreichend ausgebildeten Fachkräfte für solche Arbeiten zur Verfügung standen – ganz zu schweigen vom Preisunterschied gegenüber koreanischen Arbeitskräften, die mit solchen Projekten vertraut sind. Ein Vertreter der Korea International Trade Association warf der US-Politik vor, eine „unmögliche Situation“ zu schaffen, indem sie solche Arbeitskräfte nach Korea zurückschickte und ihnen die Arbeitsvisa verweigerte, die Australien gewährt worden waren. Viele Jahre lang hatte Korea versucht, eine Gleichbehandlung mit solchen weißen Einwanderern und mit Singapur zu erreichen, wurde jedoch immer wieder abgelehnt, obwohl die Einwanderung informell erlaubt war – bis zum 5. September, als es zu einem offenbar lange geplanten Angriff bewaffneter ICE-Truppen kam, die die Einwanderer in Handschellen festnahmen.

Hyundai und andere ausländische Unternehmen haben festgestellt, dass ihre Investitionen in den USA von der „America First“-Regierung als Druckmittel genutzt werden, um die Bedingungen ihrer Investitionen nach Belieben festzulegen und zu ändern, da sie wissen, dass die ausländischen Investoren kaum bereit sind, einfach wegzugehen und ihre kostspieligen Investitionen zu verlieren.

Aber Länder werden im Rahmen der von Trump verfolgten Politik der finanziellen Erpressung zu solchen Investitionen gezwungen: Um zu vermeiden, dass die US-Zölle auf koreanische Automobilimporte von 15 Prozent auf 25 Prozent erhöht werden, musste Korea Dutzende Milliarden Dollar ausgeben, um die Produktion in die USA zu verlagern. Die Drohung lautete, die koreanischen Exporteinnahmen (und damit die Beschäftigung und die Einkommen) zum Einbruch zu bringen, wenn man sich nicht Trumps Bedingungen beuge – ohne dass ein militärischer Konflikt notwendig gewesen wäre, um diesen Handelsfriedensvertrag durchzusetzen.

Trump wandte eine ähnliche Lockvogel- und Erpressungstaktik gegen Japan an und drohte, durch die Einführung hoher Zölle auf den Handel mit den USA ein wirtschaftliches Chaos in Japan zu verursachen, wenn das Land nicht 550 Milliarden Dollar Schutzgeld an Trump zahlen würde, damit dieser in Projekte seiner Wahl investieren und 90 Prozent der Gewinne für sich behalten könnte, nachdem Japan seine Kapitalvorauszahlung zurückerhalten hätte. Die japanische Version der ursprünglichen Vereinbarung sah eine 50/50-Gewinnaufteilung vor, aber die USA entwarfen eine endgültige Fassung, in der festgelegt wurde, dass diese Aufteilung nur für die anfängliche Rückzahlung der Investitionen durch Japan gelten sollte, nicht jedoch für die Gewinne.

Die Verzweiflung Japans war so groß – und seine Unterwerfung unter die Forderungen der USA nach deutschem Vorbild so erbärmlich –, dass es Trumps Zollabkommen akzeptierte, wonach japanische Exporte „nur“ mit 15 Prozent statt mit 25 Prozent belegt werden sollten – dasselbe Abkommen, das er auch mit Korea geschlossen hatte. Japan wurden nur 45 Tage Zeit gegeben, um zu zahlen. Der daraus resultierende Schmiergeldfonds war ein politischer Glücksfall für Trump, der ihn nun als Köder für seine wichtigsten Wahlkampfspender und Unterstützer nutzen kann, während er die mehr als eine halbe Billion Dollar zur Finanzierung seiner Steuergeschenke an die reichsten Amerikaner verwendet.

Trump forderte auch eine Rückvergütung für japanische Investitionen in die US-Stahlproduktion durch den Kauf von U.S. Steel durch Nippon Steel im Wert von 15 Milliarden Dollar. Die US-Regierung erhielt kostenlose Golden Shares¹ des Unternehmens, um die Kontrolle der USA über die Geschäftstätigkeit des Unternehmens sicherzustellen.

Nach den jüngsten SOZ- und BRICS-Treffen ist es eher unwahrscheinlich, dass Länder, die noch nicht eng mit den USA verbündet sind, solche Vereinbarungen treffen werden, wie sie Deutschland, Korea und Japan bisher im Jahr 2025 getroffen haben. Diese Vereinbarungen dienen als anschauliche Beispiele für den Kontrast zwischen dem mit den USA verbündeten Westen und dem Rest der Welt.

Alastair Crooke beschrieb am Montag, dem 8. September, wie „die westliche Welt standardmäßig eine [defensive, antagonistische](#) Haltung einnehmen wird. China, Russland oder Indien als Länder anzuerkennen, die sich von der „regelbasierten Ordnung“ gelöst und einen separaten, nicht-westlichen Bereich aufgebaut haben, würde klar bedeuten, das Ende der westlichen Weltvorherrschaft zu akzeptieren. Und es würde auch bedeuten, zu akzeptieren, dass die Ära der Hegemonie insgesamt vorbei ist. Die herrschenden Schichten in den USA und Europa sind dazu kategorisch nicht bereit.“

1 Golden Shares (goldene Aktien) haben ihren Ursprung im Vereinigten Königreich und wurden seit den 1980er Jahren vielfach von Staaten genutzt, um nach der Privatisierung von Schlüsselunternehmen (z. B. in den Bereichen Energie, Telekommunikation, Verkehr, Verteidigung) weiterhin essentielle Kontrollrechte ausüben zu können.

Es ist offensichtlich, dass die Beziehungen Amerikas zu seinen NATO- und anderen neuen Verbündeten aus dem Kalten Krieg noch nicht vorbei sind. Aber sie beschränken sich auf diese Länder, und Trump strebt danach, den Einflussbereich der USA auf die gesamte westliche Hemisphäre auszuweiten – nicht nur auf Lateinamerika und Kanada, sondern auch auf Grönland. Die Anstrengungen, die erforderlich sind, um ihre Abhängigkeit zu festigen und den zu erwartenden nationalistischen Reaktionen gegen eine solche Unterwerfung standzuhalten, scheinen dazu geführt zu haben, dass sich die US-Politik zumindest vorläufig vom Konflikt mit ihren erklärten Feinden Russland, China und Iran abgewandt hat.

Die große Frage ist, ob diese missbrauchten Verbündeten irgendwann versuchen werden, sich für andere Bündnisse zu entscheiden.